

Zukunft des Kesselhauses ist weiter völlig offen

Autor: Jutta Behr-Groh

Bamberg, Freitag, 25. Oktober 2013

Die Stadt gibt ein zweites Gutachten bei der Landesgewerbeanstalt in Auftrag. Es soll den kostengünstigsten Weg für den notwendigen Brandschutz in der provisorischen Kunsthalle aufzeigen.



750.000 Euro setzt ein Experte von der Landesgewerbeanstalt an, 14.000 bis 30.000 Euro der Bamberger Architekt Christoph Gatz. Beider Kostenvoranschläge beziehen sich auf ein und das selbe Objekt: das ehemalige Kesselhaus der alten Krankenhaus-Wäscherei am Leinritt.

Wie viel muss dort tatsächlich investiert werden, damit das Kesselhaus wieder geöffnet und als provisorische Kunsthalle genutzt werden kann? Momentan weiß niemand eine Antwort auf diese Frage. Doch sie wird heiß diskutiert.

Seitens der Nutzer - Architekturtreff, Berufsverband Bildender Künstler und Kunstverein - sowie der neuen Initiative "Kunstraum jetzt" wird sogar der Verdacht geäußert, das in der Stadtverwaltung zuständige Immobilienmanagement könne es durch Maximalforderungen darauf anlegen, den Ausstellungsbetrieb unmöglich zu machen.

Es ist ein Verdacht, den der zuständige Finanzreferent Bertram Felix als "völligen Unsinn" bezeichnet und als "in höchstem Maße unangemessen". Den die Politik aber ernst zu nehmen scheint.

Die CSU greift ihn in einem Antrag an den Oberbürgermeister auf. Sie berichtet aus einem Gespräch mit Vertretern der Initiative. Diese hätten "den Eindruck gewonnen, dass eine Fortsetzung der Vereinbarung zu der von ihr gewünschten provisorischen Nutzung mit allen Mitteln verhindert werden solle". Die CSU verlangt, den Weiterbetrieb des Kesselhauses als Kunsthalle durch eine Beschränkung auf die nötigsten baulichen Maßnahmen zu ermöglichen.

Der Vorwurf und Verdacht fußt auf einem LGA-Gutachten vom September, das im Auftrag des Immobilienmanagements entstand. Der Sachverständige kommt zu dem Ergebnis, dass 750 000 Euro in das Gebäude investiert werden müssten, um Gefahr für Leib und Leben von den Nutzern abzuwenden. So lange insbesondere der Brandschutz nicht den Vorschriften entspricht, soll das Kesselhaus geschlossen bleiben.

Lob für Kesselhaus-Programm

Das wäre aus Sicht aller Stadtratsfraktionen ein großer Verlust für Bambergers Kulturleben. In nur drei Jahren hätten die Nutzer das alte Kesselhaus zu einem Zentrum moderner Kunst mit einem professionellen Programm entwickelt, lobten sie kürzlich im Kultursenat. Man war sich auch mit Kulturreferent Bürgermeister Werner Hipelius (CSU) einig, dass die Stadt an einer schnellen Wiederaufnahme des Ausstellungsbetriebs interessiert sein müsse. Entsprechende Anträge gibt es auch von GAL und SPD.

Noch hofft der Kunstverein, dass seine erste Schau 2014 wie geplant am 1. März eröffnet werden kann. Stünde das Kesselhaus dann nicht wieder zur Verfügung, "würde uns das in tiefe Verzweiflung stürzen", sagt Erste Vorsitzende Barbara Kahle.

Für neun Ausstellungen seien Künstler verpflichtet. Der Verein konzipiert seine Kesselhaus-Veranstaltungen mit und für den besonderen Raum. Daher wären andere Orte wie Villa Dessauer und Theater keine Alternative.

Kahle setzt auf den erklärten politischen Willen aller Fraktionen, das Kesselhaus mit dem geringstmöglichen Aufwand wieder für den Kunstbetrieb nutzbar zu machen. Das wäre auch in seinem Sinn, betont Hipelius, selbst Mitglied der Initiative "Kunstraum Jetzt". Er sagt aber auch: "Ein Gutachten, das Gefahr für Leib und Leben ausspricht, können wir auch politisch nicht aufheben."

Nun soll eine zweite LGA-Expertise weiterhelfen und Aufschluss über den Mindestaufwand geben. Der Ältestenrat hat das weitere Gutachten noch vor der Sitzung des Kultursenats auf den Weg gebracht, weil das Gremium laut Hipelius ebenfalls "die Dringlichkeit und Notwendigkeit" sieht.

Das neue Gutachten soll laut Bertram Felix derselbe Sachverständige erstellen, der das erste gefertigt hat. "Damit ja nicht der Verdacht eines Gefälligkeitsgutachtens entsteht", so der Chef des Immobilienmanagements.

Den Verdacht der Kesselhaus-Nutzer und Kunstraum-Initiative gegen seine Behörde und Mitarbeiter kommentiert er als "empörend" und "verantwortungslos".

Die Stadt, sagt er, würde sich strafbar machen, wenn sie ein Gutachten, das die Sicherheit der Menschen im Kesselhaus in Frage stellt, nicht ernst nähme: "Für mich hört es da auf, wo der Staatsanwalt bei mir an die Tür klopft!"

Seinerseits wirft Felix den drei Organisationen vor, sie würden wider besseres Wissen argumentieren. Alle hätten den schlechten Zustand des Kesselhauses gekannt, als man die Nutzungsvereinbarung im Frühjahr 2011 schloss. Es wurde ausgemacht, dass die Nutzer notwendige Investitionen selbst leisten. Das sei nur zum Teil geschehen.

Obwohl die Kündigungsfrist nur drei Monate beträgt, seien Veranstaltungen langfristig geplant worden. Nun werde versucht, die Verwaltung damit unter öffentlichen Druck zu setzen.

Im FT-Gespräch fällt die Kritik von Christoph Gatz (Architekturtreff) und Barbara Kahle an der Verwaltung nicht so drastisch aus, wie sie bei der CSU-Fraktion geäußert worden sein muss.

Gatz steht zu der von ihm aufgemachten Rechnung von 14.000 Euro oder wenig mehr: Beim Brandschutz gebe es einen Ermessensspielraum zwischen dem, was möglich und dem was nötig ist. Das

untermauert Ulrich Kahle, der Vorsitzende der Initiative "Kunstraum jetzt", und verweist auf 30 Jahre Berufserfahrung in der staatlichen Denkmalpflege. Er hofft auf "eine vernünftige Lösung mit Augenmaß".

Von Bertram Felix muss sich Gatz vorhalten lassen, dass er es abgelehnt hat, die Verantwortung für sein kostengünstiges Konzept zu übernehmen. Der Architekt hält dagegen, er könne nicht für ein städtisches Gebäude die Verantwortung übernehmen. Unterschreiben würde er seinen Vorschlag natürlich.
